
BESETZERINNEN ZEITUNG
JAHRGANG 3 NR. 37 19.11.92
MIETE VERWEIGERN
KÜNDIGUNG IN'S ...
ZWO MARKER
HÄUSER BESETZEN SOWIESO

VORWORT

Sehr geehrte LeserInnen! Wir freuen uns, Ihnen hiermit die 37. Ausgabe unseres Periodikums aushändigen zu können. Gestatten Sie uns ~~uns~~ zuvor noch einige Worte zum Geleit.
Zunächst wollen wir die verehrte LeserInnenschaft darauf hinweisen, daß es seit rund vierzehn Tagen wieder ein besetztes Haus in Werneuchen bei Berlin gibt. Hervorstechend sei die bereits gut angenommene, gepflegte Lokalität im Hause, die hiermit wärmstens empfohlen sei.
Auf Seite 17 dieser Ausgabe geben wir einen Text zur Regierungsdemonstration wieder, der sich mitlerweile auch auf Plakaten im Stadtbild findet. Wie zu hören war, regt sich jedoch schon Kritik an diesem Text. Wir würden es begrüßen, wenn wir in einer der nächsten Ausgaben auch diese Kritik unserer LeserInnenschaft zur Kenntnis geben könnten.
Den umfänglichen Hauptteil dieser Ausgabe nimmt die wörtliche Wiedergabe des Verbotes der geplanten antifaschistischen Manifestation anläßlich neofaschistischer Umtriebe in Halbe bei Königs Wusterhausen ein. Dies, weil wir glaubten, dieses Dokument der Zeitgeschichte unseren geneigten LeserInnen nicht vorenthalten zu dürfen.
Wir hoffen, Ihnen auch diesmal wieder eine kurzweilige und informative Lektüre an die Hand gegeben zu haben und verbleiben mit freundlichen Grüßen und einem saloppen Hallo,

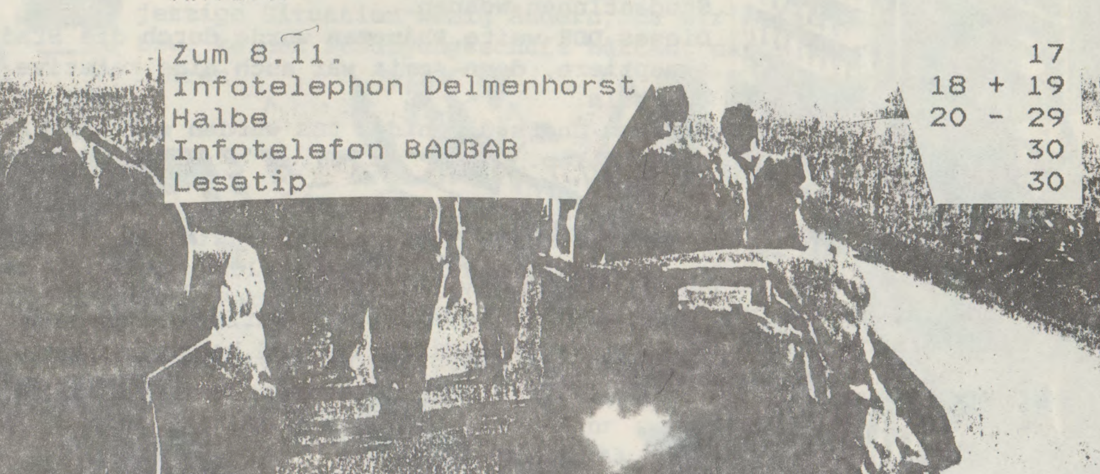
Ihre BZ-lerInnen



INHALT

HÄUSER, MIETEN UND SO

ANTIFA

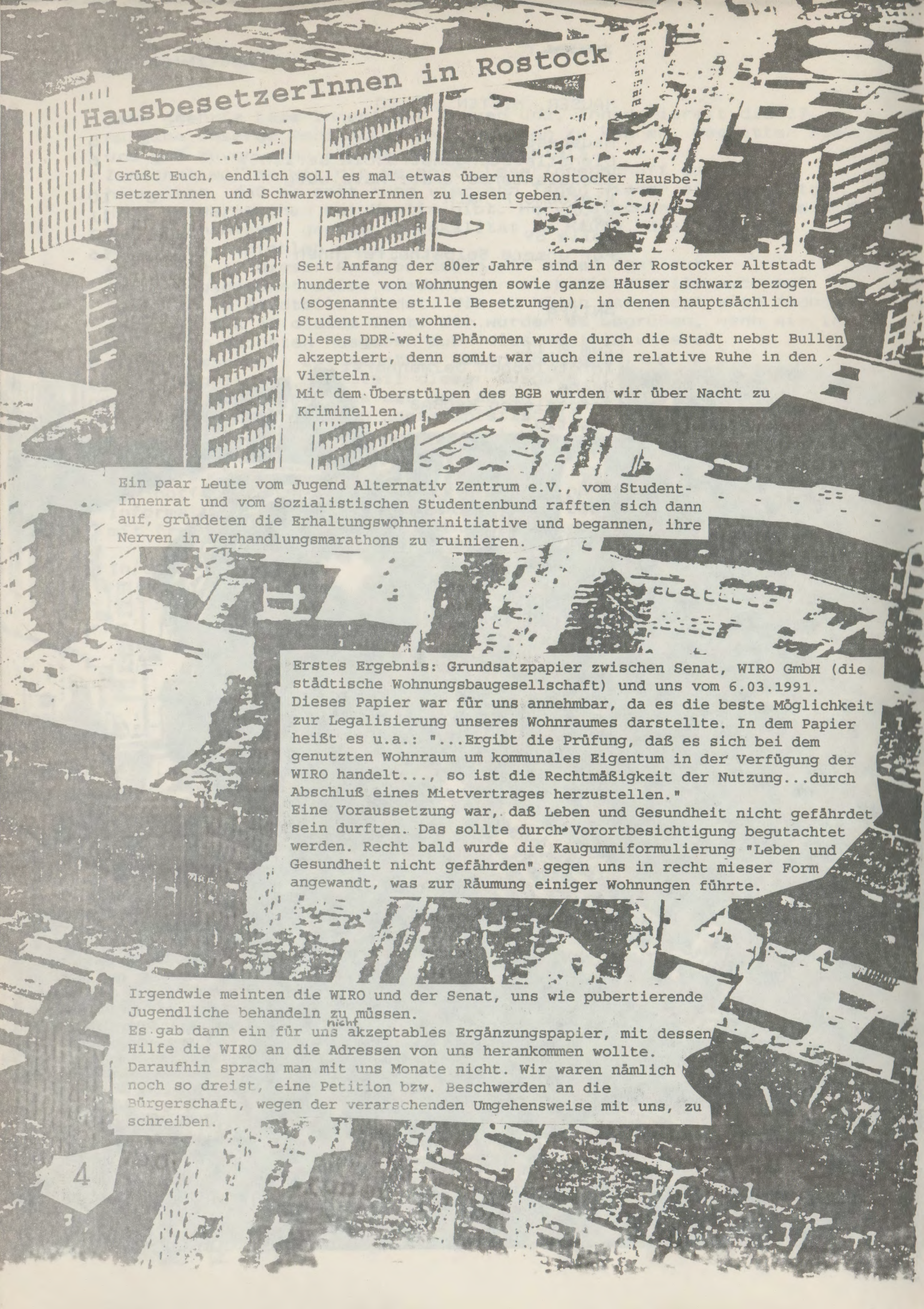


unsere einzige Redaktionsadresse
(bitte keine Post ans LAI mehr!):
Bandito Rosso (BZ)
Lottumstr. 10a
O-1054 Berlin

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

V.i.S.d.P. B. Pilsner

HerausgeberInnen: F. Herb und S. Pritzig



HausbesetzerInnen in Rostock

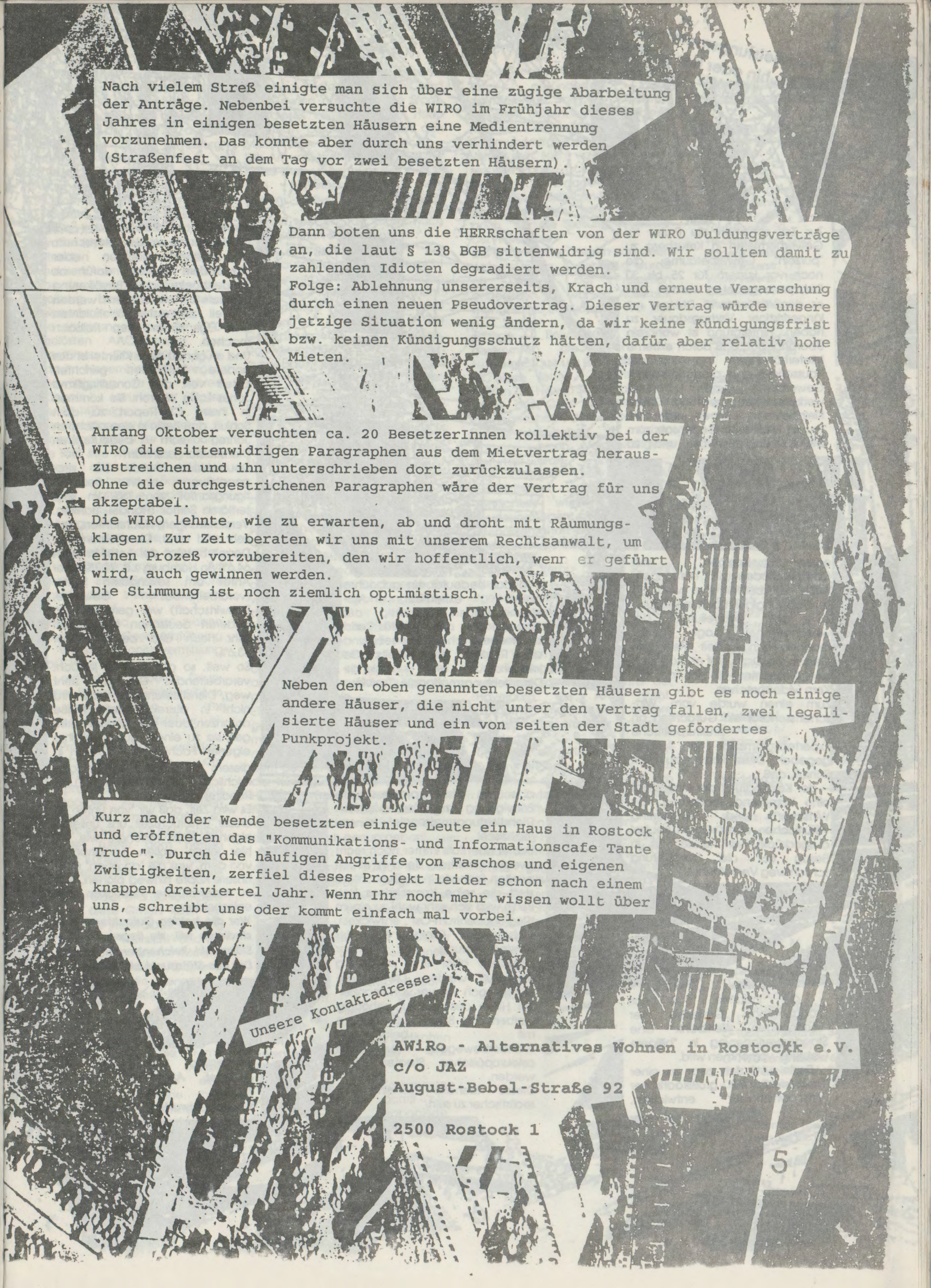
Grüßt Euch, endlich soll es mal etwas über uns Rostocker HausbesetzerInnen und SchwarzwohnerInnen zu lesen geben.

Seit Anfang der 80er Jahre sind in der Rostocker Altstadt hunderte von Wohnungen sowie ganze Häuser schwarz bezogen (sogenannte stille Besetzungen), in denen hauptsächlich StudentInnen wohnen.
Dieses DDR-weite Phänomen wurde durch die Stadt nebst Bullen akzeptiert, denn somit war auch eine relative Ruhe in den Vierteln.
Mit dem Überstülpen des BGB wurden wir über Nacht zu Kriminellen.

Ein paar Leute vom Jugend Alternativ Zentrum e.V., vom StudentInnenrat und vom Sozialistischen Studentenbund rafften sich dann auf, gründeten die Erhaltungswohnerinitiative und begannen, ihre Nerven in Verhandlungsmarathons zu ruinieren.

Erstes Ergebnis: Grundsatzpapier zwischen Senat, WIRO GmbH (die städtische Wohnungsbaugesellschaft) und uns vom 6.03.1991.
Dieses Papier war für uns annehmbar, da es die beste Möglichkeit zur Legalisierung unseres Wohnraumes darstellte. In dem Papier heißt es u.a.: "...Ergibt die Prüfung, daß es sich bei dem genutzten Wohnraum um kommunales Eigentum in der Verfügung der WIRO handelt..., so ist die Rechtmäßigkeit der Nutzung...durch Abschluß eines Mietvertrages herzustellen."
Eine Voraussetzung war, daß Leben und Gesundheit nicht gefährdet sein durften. Das sollte durch Vorortbesichtigung begutachtet werden. Recht bald wurde die Kaugummiformulierung "Leben und Gesundheit nicht gefährden" gegen uns in recht mieser Form angewandt, was zur Räumung einiger Wohnungen führte.

Irgendwie meinten die WIRO und der Senat, uns wie pubertierende Jugendliche behandeln zu müssen.
Es gab dann ein für uns nicht akzeptables Ergänzungspapier, mit dessen Hilfe die WIRO an die Adressen von uns herankommen wollte.
Daraufhin sprach man mit uns Monate nicht. Wir waren nämlich noch so dreist, eine Petition bzw. Beschwerden an die Bürgerschaft, wegen der verarschenden Umgehensweise mit uns, zu schreiben.



Nach vielem Streß einigte man sich über eine zügige Abarbeitung der Anträge. Nebenbei versuchte die WIRO im Frühjahr dieses Jahres in einigen besetzten Häusern eine Medientrennung vorzunehmen. Das konnte aber durch uns verhindert werden (Straßenfest an dem Tag vor zwei besetzten Häusern).

Dann boten uns die HERRschaften von der WIRO Duldungsverträge an, die laut § 138 BGB sittenwidrig sind. Wir sollten damit zu zahlenden Idioten degradiert werden.
Folge: Ablehnung unsererseits, Krach und erneute Verarschung durch einen neuen Pseudovertrag. Dieser Vertrag würde unsere jetzige Situation wenig ändern, da wir keine Kündigungsfrist bzw. keinen Kündigungsschutz hätten, dafür aber relativ hohe Mieten.

Anfang Oktober versuchten ca. 20 BesetzerInnen kollektiv bei der WIRO die sittenwidrigen Paragraphen aus dem Mietvertrag herauszustreichen und ihn unterschrieben dort zurückzulassen.
Ohne die durchgestrichenen Paragraphen wäre der Vertrag für uns akzeptabel.
Die WIRO lehnte, wie zu erwarten, ab und droht mit Räumungsklagen. Zur Zeit beraten wir uns mit unserem Rechtsanwalt, um einen Prozeß vorzubereiten, den wir hoffentlich, wenn er geführt wird, auch gewinnen werden.
Die Stimmung ist noch ziemlich optimistisch.

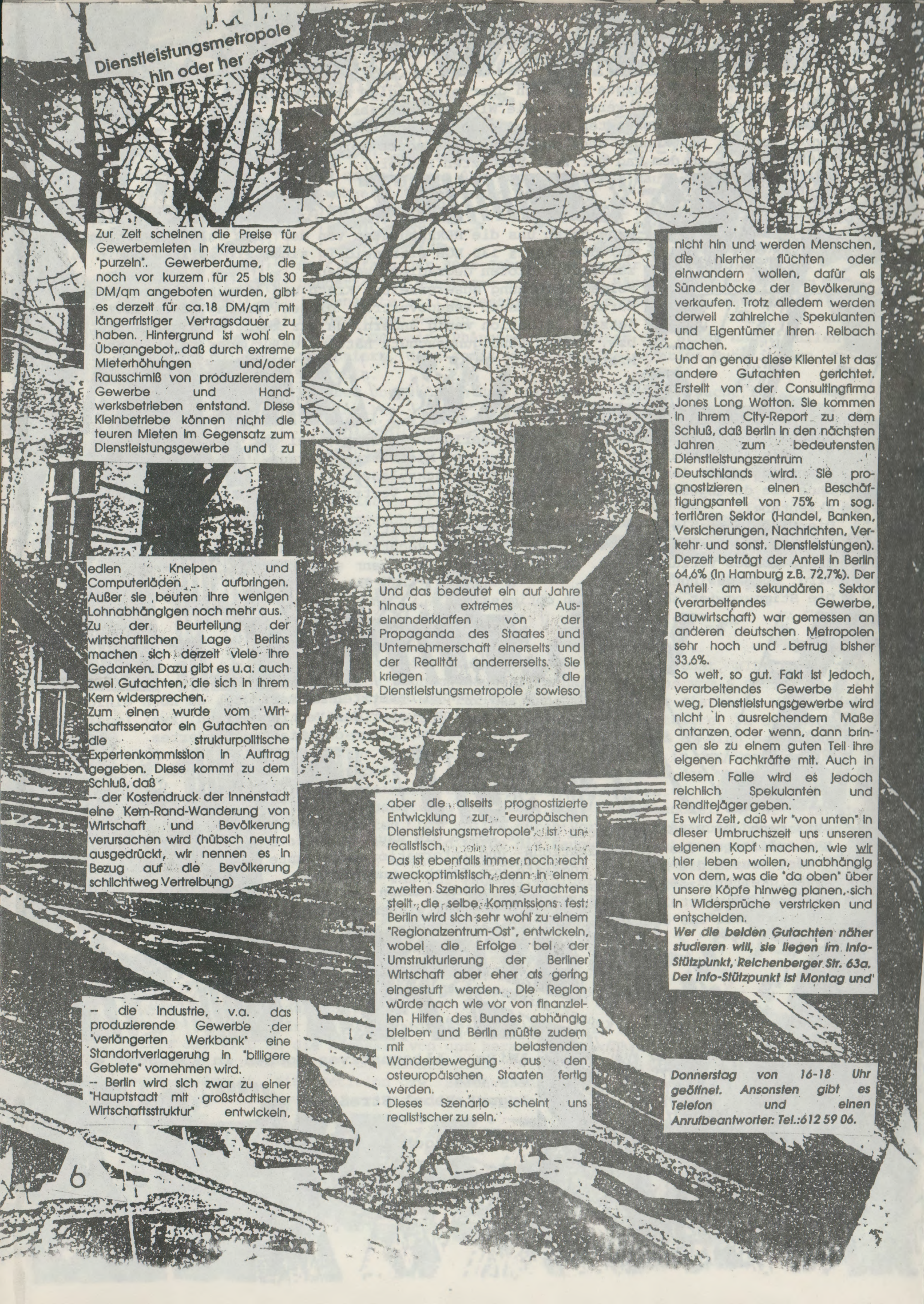
Neben den oben genannten besetzten Häusern gibt es noch einige andere Häuser, die nicht unter den Vertrag fallen, zwei legalisierte Häuser und ein von seiten der Stadt gefördertes Punkprojekt.

Kurz nach der Wende besetzten einige Leute ein Haus in Rostock und eröffneten das "Kommunikations- und Informationscafe Tante Trude". Durch die häufigen Angriffe von Faschos und eigenen Zwistigkeiten, zerfiel dieses Projekt leider schon nach einem knappen dreiviertel Jahr. Wenn Ihr noch mehr wissen wollt über uns, schreibt uns oder kommt einfach mal vorbei.

Unsere Kontaktadresse:

AWiRo - Alternatives Wohnen in Rostock e.V.
c/o JAZ
August-Bebel-Straße 92

2500 Rostock 1



Dienstleistungsmetropole hin oder her

Zur Zeit scheinen die Preise für Gewerbemieten in Kreuzberg zu "purzeln". Gewerberäume, die noch vor kurzem für 25 bis 30 DM/qm angeboten wurden, gibt es derzeit für ca.18 DM/qm mit längerfristiger Vertragsdauer zu haben. Hintergrund ist wohl ein Überangebot, daß durch extreme Mieterhöhungen und/oder Rausschmiß von produzierendem Gewerbe und Handwerksbetrieben entstand. Diese Kleinbetriebe können nicht die teuren Mieten im Gegensatz zum Dienstleistungsgewerbe und zu edlen Kneipen und Computerläden aufbringen. Außer sie beuten ihre wenigen Lohnabhängigen noch mehr aus.

Zu der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Berlins machen sich derzeit viele ihre Gedanken. Dazu gibt es u.a. auch zwei Gutachten, die sich in ihrem Kern widersprechen.

Zum einen wurde vom Wirtschaftssenator ein Gutachten an die strukturpolitische Expertenkommission in Auftrag gegeben. Diese kommt zu dem Schluß, daß

-- der Kostendruck der Innenstadt eine Kern-Rand-Wanderung von Wirtschaft und Bevölkerung verursachen wird (hübsch neutral ausgedrückt, wir nennen es in Bezug auf die Bevölkerung schlichtweg Vertreibung)

-- die Industrie, v.a. das produzierende Gewerbe der "verlängerten Werkbank" eine Standortverlagerung in "billigere Gebiete" vornehmen wird.

-- Berlin wird sich zwar zu einer "Hauptstadt mit großstädtischer Wirtschaftsstruktur" entwickeln,

Und das bedeutet ein auf Jahre hinaus extremes Auseinanderklaffen von der Propaganda des Staates und Unternehmerschaft einerseits und der Realität andererseits. Sie kriegen die Dienstleistungsmetropole sowieso

aber die allseits prognostizierte Entwicklung zur "europäischen Dienstleistungsmetropole" ist unrealistisch.

Das ist ebenfalls immer noch recht zweckoptimistisch, denn in einem zweiten Szenario ihres Gutachtens stellt die selbe Kommissions fest: Berlin wird sich sehr wohl zu einem "Regionalzentrum-Ost", entwickeln, wobei die Erfolge bei der Umstrukturierung der Berliner Wirtschaft aber eher als gering eingestuft werden. Die Region würde nach wie vor von finanziellen Hilfen des Bundes abhängig bleiben und Berlin müßte zudem mit belastenden Wanderbewegung aus den osteuropäischen Staaten fertig werden.

Dieses Szenario scheint uns realistischer zu sein.

nicht hin und werden Menschen, die hierher flüchten oder einwandern wollen, dafür als Sündenböcke der Bevölkerung verkaufen. Trotz alledem werden derweil zahlreiche Spekulanten und Eigentümer ihren Reibach machen.

Und an genau diese Klientel ist das andere Gutachten gerichtet. Erstellt von der Consultingfirma Jones Long Wotton. Sie kommen in ihrem City-Report zu dem Schluß, daß Berlin in den nächsten Jahren zum bedeutensten Dienstleistungszentrum Deutschlands wird. Sie prognostizieren einen Beschäftigungsanteil von 75% im sog. tertiären Sektor (Handel, Banken, Versicherungen, Nachrichten, Verkehr und sonst. Dienstleistungen). Derzeit beträgt der Anteil in Berlin 64,6% (in Hamburg z.B. 72,7%). Der Anteil am sekundären Sektor (verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft) war gemessen an anderen deutschen Metropolen sehr hoch und betrug bisher 33,6%.

So weit, so gut. Fakt ist jedoch, verarbeitendes Gewerbe zieht weg. Dienstleistungsgewerbe wird nicht in ausreichendem Maße antanzen oder wenn, dann bringen sie zu einem guten Teil ihre eigenen Fachkräfte mit. Auch in diesem Falle wird es jedoch reichlich Spekulanten und Renditejäger geben.

Es wird Zeit, daß wir "von unten" in dieser Umbruchszeit uns unseren eigenen Kopf machen, wie wir hier leben wollen, unabhängig von dem, was die "da oben" über unsere Köpfe hinweg planen, sich in Widersprüche verstricken und entscheiden.

Wer die beiden Gutachten näher studieren will, sie liegen im Info-Stützpunkt, Reichenberger Str. 63a. Der Info-Stützpunkt ist Montag und Donnerstag von 16-18 Uhr geöffnet. Ansonsten gibt es Telefon und einen Anrufbeantworter: Tel.:612 59 06.

Vom Kommunarden zum Spekulanten

Die neuerliche Zwangsräumung eines Imbiss erlebte Anfang September die Reichenberger Str. Das Ganze spielte sich dieses mal allerdings in der Nr 72a ab, in einem Haus der Havelburg Grundstücksverwaltung.
Dabei ist die Havelburg in zweierlei Hinsicht eine interessante "Firma". Zum einen hat sich diese mit über 60 Häusern, die sie nach eigenen Angaben in Berlin besitzt und/oder verwaltet (siehe Liste), zu einer bedeutenden Spekulantenfirma gemausert; zum anderen stehen einige der Herren Eigentümer der Havelburg bereits seit Jahren miteinander in Verbindungen:
Diese entsprangen aus der 1990 aufgelösten AAO-Komune des Sektenführers Otto Mühl. Mühl wurde im November 1991 wegen Vergewaltigung zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt. Opfer waren13-14jährige, in der Kommune lebende Mädchen.
Aber erstmal zurück zur Havelburg. Diese läßt ihre MieterInnen oft im unklaren ob sie die Häuser tatsächlich besitzt oder nur verwaltet. Tatsache jedoch ist, daß der Geschäftsführer der Havelburg, Peter Gaigl, in den meisten Häusern, die die Havelburg besitzt oder verwaltet, auch Miteigentümer ist. Als weiterer Eigentümer taucht ebenfalls fast immer Burkhard Schlothauer auf.
Schlothauer und Gaigl haben außerdem die Geschäftsführung der "Weitsicht Kapitalvermittlung GmbH" inne.
Und mit der "Property Development Bauträger GmbH" gibt es eine weitere Firma in der Schlothauer Geschäftsführer ist.

Die "Property" Häuser werden, praktischerweise, von der Havelburg verwaltet.
Eine praktische Art der Zusammenarbeit zwischen diesen verschiedenen Firmen kann so aussehen: es wird flugs eine GmbH gegründet (unter dem netten Namen "Konsens" z.B.), deren Hauptgesellschafter zum Beispiel

die Herren Gaigl und Schlotthauer sind, und diese GmbH kauft ein Haus. Für die Kapitalbeschaffung sorgt dann die "Weitsicht" und mit der Sanierung bzw. Modernisierung wird die "Property" beauftragt und die Verwaltung übernimmt schließlich die Havelburg.
Fast die Hälfte der Havelburghäuser sind sogenannte "Fondhäuser", d.h. die Firma Weitsicht verspricht besserverdienenden Anlegern eine Steuerersparnis in Höhe ihrer Investitionen innerhalb von sieben Jahren. Danach haben sie ihren Anteil am Haus praktisch umsonst und können es wieder gewinnbringend verkaufen. Bezahlt wird der Gewinn natürlich vom Staat, der dieses Verfahren auch noch steuerlich belohnt und von den MieterInnen.
Die Art und Weise wie letztere zur Kasse gezwungen werden läuft in den Havelburghäusern, von denen die meisten 1990/91

gekauft wurden, fast immer nach dem gleichen Schema ab:
Nach Begehung und Bestandsaufnahme wird versucht den Gewerbemietern zu kündigen oder die Miete wird erhöht. Längerfristige Mietverhältnisse werden versucht mit Geldzahlungen aufzulösen. Dachgeschoße werden ausgebaut, die Wohnungen modernisiert und die Kosten ordentlich auf die MieterInnen umgelegt. Zudem werden beim Stadtplanungsamt Pläne eingereicht, wie man Hochparterre mit Tiefparterre zusammenlegen kann, um es

anschließend als Gewerbe zweckentfremdet zu. vermieten. Und dann läßt sich auch eine entsprechend höhere Miete abkassieren. Perverser Weise stehen die Aussichten auf Erfolg solcher Pläne recht gut: Denn mit dem Ausbau der Dachgeschoße wird schließlich Wohnungsfläche zum Ausgleich geschaffen, allerdings für um die 25 DM/qm.
Der erwähnte und zwangsgeräumte Imbiss in der Reichenberger Str. scheint nun eines der Opfer der Havelburgmafia geworden zu sein.
Eine Mieterhöhung, und (relativ geringe) Mietrückstände, sowie mangelnde Kenntnisse des ausländischen Imbissbesitzers mit dem deutschen Mietrecht, führten die Kündigungsbemühungen der Havelburgmafia zu einem recht flotten Erfolg. Andere zahlungskräftigere MieterInnen müßte es ja eigentlich noch genug geben.

Aber nocheinmal zurück zu den emsigen Herren Gaigl und Schlothauer, bzw. zu ihrer gemeinsamen Vergangenheit in der AAO.
1970 gründete der Wiener Aktionskünstler die AA-Kommunen,

später AAO (Aktionsanalytische Organisation) genannt. Wesentliche Grundlage der Ideologie der AAO-Kommunen waren die psychoanlaytischen "Erkenntnisse"/Erkenntnisse von Wilhelm Reich.
In der Praxis der Kommunen wurde jedoch der damit z.B. verbundene und propagierte Begriff "Freie Sexualität" auf Quantität (statt Qualität) reduziert: Am gesündesten war der/diejenige mit den meisten sexuellen Beziehungen. und diese mußten auf möglichst alle Kommunemitglieder gerecht verteilt sein. Nicht unwichtig, denn sexuelle Potenz galt in der streng hierarchisch organisierten AAO, neben dem "richtigen Bewußtsein", als ein wichtiges Kriterium. Eben auch für die Stellung innerhalb der Hierarchie
Die unten hatten denen von oben zu gehorchen, Auflehnung wurde als Zeichen der Projektion angesehen, war Ausdruck mangelndes Bewußtseins. Wer das

richtige Bewußtsein hatte bestimmten die oben, die Führungsclique um Otto Mühl.
In eben jener Kommunezeit hatten die Herren Schlothauer und Gaigl das Geld für Otto Mühl herangeschafft, der wie schon erwähnt inzwischen zu sieben Jahren wegen Vergewaltigung verurteilt wurde.
Auf Druck von Kommunemitgliedern und der Öffentlichkeit wurde das Kommunevermögen 1990 in eine Genossenschaft übergeleitet und die Kommune aufgelöst.

Und diese Verga[illegible]nheit scheint den Herren auch heutzutage irgendwie sehr unangenehm zu sein. So wurde einer lokalen, politisch eigentlich recht unbedeutsamen Zeitung, wie der vom Verein SO 36, glatt eine Unterlassungsklage angedroht, weil diese schrieb das hinter der Havelburg die AAO steht. Daraufhin mußte das weitere Verteilen jener Nummer eingestellt werden.
Und was den Herren in diesem Zusammenhang sicherlich auch mißfällt, ist die Tatsache, daß sich in der Zwischenzeit eine Havelburg-Initiative gegründet hat. Die betroffenen MieterInnen von Havelburg-Häusern beabsichtigen dabei nicht nur ein wenig Widerstand gegen die Modernisierungspraktiken der Firma zu organisieren, sondern auch ein wenig Licht in das Dunkel der verschiedensten Havelburg-Firmenzusammenhänge zu bringen.
Havelburg-Initiative, Kontakt: Verein SO36, Wrangelstr.40, Tel:612 60 30.

Havelburg-Hausverwaltung, Häuser nach Stadtteilen:

Kreuzberg 36
Mariannenplatz 23
Wrangelstr. 4
Muskauerstr. 20
Pücklerstr.22
Reichenbergerstr.72
Falckensteinstr. 42
Görlitzerstr. 63
Lübbenerstr. 30
Heckmannufer 4/4a
Köpenickerstr. 6
Köpenickerstr. 173
Köpenickerstr. 195
Skalitzerstr. 73
Muskauerstr. 2

Reinickendorf 26
Wittstockerstr. 26

Spandau 20
Streitstr. 75a
Wegscheiderstr. 17

Neukölln 44
Reuterstr. 21 und 43
Okerstr. 5
Silbersteinstr. 62
Weserstr. 56
Wildenbruchstr. 70
Allerstr. 44
Herrfurthstr. 8

Kreuzberg 61
Schleiermacherstr. 9
Fürbringerstr. 1 ,10 und 25
Solmsstr. 26 und 46
Bergmannstr. 96
Boeckstr. 27
Schönleinstr. 2
Eylauerstr. 11
Friesenstr. 13
Fidicinstr. 24
Hornstr. 19

Wedding 21
Beusselstr. 67
Bredowstr. 19
Siemensstr. 7

Wedding 65
Guineastr. 6
Kolonlestr. 77
Pankstr. 44
Schönwalderstr. 28
Torfstr. 25

Schöneberg 62
Monumentenstr. 37
Bautzenplatz 3
Hochkirchstr. 5
Grunewldstr. 88

Berlin-Ostteil
O-1157 Rödelstr. 10
O-1501 Schelmensteig/Poststr.
O-1134 Wönnichstr. 109
O-1054 Zionskirchstr. 34, 36
O-1054 Lottumstr. 11
O-1120 Langhansstr. 6
O-1017 Erich-Steinfurthstr.7
O-1110 Dietzgenstr. 73

sonstige
1/45 Lorenzstr. 10
1/41 Birkbuschstr. 62

Redebeiträge auf der Friedrichshainer Kiezdemo vom 10.11.92:

1. Mieterhöhungsboykott

Am 1. Januar ist es soweit: die nächste Mieterhöhung ist fällig!
2.10 DM mehr sollen wir für jeden Quadratmeter bezahlen. Das macht bei den meisten 50% mehr als die bisherige Miete: das ist für viele kaum noch zu bezahlen.
Schon in den vergangenen Monaten sind in Ostberlin 130 Mietwohnungen geräumt worden. Wieviele werden es im kommenden Jahr werden? Und die, die die neuen Mieten noch bezahlen können - wieviel Geld bleibt dann z.B. vielen alten Menschen noch zum Leben? Was bleibt den Familien, bei denen das Einkommen nur knapp über der Grenze liegt, ab der Wohngeld bezahlt wird? Wievielen ArbeiterInnen in ABM-Stellen oder Umschulungen wird nächstes Jahr empfohlen werden sich ne kleinere Bude zu besorgen?

- 1.20 DM mehr wollen sie für die Grundmiete
- 30 Pfennige mehr für das Dach, wenn´s noch nicht reinregnet
- 30 Pfennige mehr für die Fenster, wenn sie die Farbe noch zusammenhält
- und 30 Pfennige mehr für die Außenwände, wenn der Wind nicht schon durchbläst.

In einigen Häusern wird man wohl 30 oder 60 Pfennige pro qm wegen erheblicher Mängel einbehalten können, wenn die MieterInnen sich zusammenschließen und sich gemeinsam wehren.
Und dann ?!
Zum 1. Januar 94 sollen wir nochmal 3 DM/qm mehr bezahlen! Das ist im Bauministerium für uns in den letzten Wochen ausgerechnet worden. Wievielen MieterInnen mit ner geringen Rente, Geld vom Arbeitsamt oder Lohn aus nem Billig-Job droht dann die Räumung?

"Die Mieterhöhungen sind zu hoch" sagt sogar ein Vertreter der privaten Eigentümer vom Bund der Haus- und Grundeigentümer, "denn sie führen in einer sicherlich deutlichen Zahl von Fällen zu einer Gesamtmiete, die - im Verhältnis Mietnivaeu/Wohnwert in den alten Bundesländern - nur schwerlich zu rechtfertigen ist."
Und eine Pressesprecherin im Verband der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen sagt: "Man wisse, daß diese Erhöhungen schmerzlich seien und werde um Verständnis der Mieter werben."
Verständnis für wen? Für die armen Hausbesitzer, die auf unsere Kosten in ihren Villen leben?
Wohnungsbauministerin Schwätzer sagt: "Die Mieterhöhung ist eine echte Chance, ihre Wohnverhältnisse zu verbessern!" Daß ihr das niemand glaubt, weiß sie ganz genau. Oder warum sonst hat sie für 3.4 Mio. Mark eine Ost-Propaganda-Tournee organisiert, um uns zu überreden, die Mieterhöhungen auch ja zu bezahlen?
Und welche Garantie gibt es, daß das Geld aus der Mieterhöhung wieder in die Häuser und Wohnungen, in denen wir leben, investiert wird?
Keine!
"Eine solche gesetzliche Verpflichtung", sagt Frau Schwätzer, "sei in der Marktwirtschaft nicht möglich".
Marktwirtschaft, Kapitalismus, das ist das Zusammenwirken freier Kräfte auf einem Markt - und eine dieser Kräfte, das sind wir!!!

MieterInnen aus der Ex-DDR haben bereits angefangen sich zu wehren. Schon zwei Mal waren über 15.000 Menschen vor dem Roten Rathaus! Unsere Demos und andere Aktionen haben die da oben zum Nachdenken gebracht, ob sie nicht vielleicht "sozialen Sprengstoff" gelegt haben. Es immer eine politische Entscheidung, ob sie ihre Gesetze und Beschlüsse tatsächlich durchsetzen. Und diese Mieterhöhung steht und fällt damit, ob wir sie akzeptieren - oder eben nicht!
Die Hausbesitzer, Spekulanten und ihre Politiker sind sich längst nicht mehr sicher, ob sie die Mieterhöhung von uns kriegen. Schaut in die Zeitungen der letzten Wochen: überall finden wir Leserbriefe oder Artikel über die Mieterhöhungen und überall können wir die Angst der Wohnungskapitalisten und ihreer Politiker rauslesen, daß wir einfach selbst entscheiden und nicht bezahlen!
Wir haben keine Chance, wenn wir nur reden oder demonstrieren oder einzeln handeln. Wir müssen uns zusammen organisieren, um die Mieterhöhung zu Fall zu bringen!

Die Hausbesitzer haben die Häuser nicht gekauft um uns etwas Gutes zu tun, um uns nach Feierabend ein gemütliches Leben zu gönnen. Hausbesitzer sind Kapitalisten, die ihr Geld in Häuser investieren, damit wir ihr Geld vermehren.
Ihr Geld wird mehr, wenn sie einmal in eine Modernisierung investieren und wir es ein Leben lang, bei jeder Monatsmiete, solange das Haus steht, bezahlen müssen.
Ihr Geld wird mehr, wenn sie ein Haus kaufen, es verfallen lassen, die MieterInnen rausschmeißen, ja sogar das Haus abreißen und dann bei gestiegenen Grundstückspreisen ein neues Haus bauen und dafür staatliche Subventionen kassieren.
Und dann werden die neuen Wohnungen zu wesentlich teureren Preisen vermietet.
Ihr Geld wird mehr, wenn wir die Mieterhöhungen bezahlen!
Denn wenn sie ins Haus investieren, werden wir die Extra-Abrechnung schon kriegen!

Ihr Besitz ist unsere Arbeit, unser Geld!
Lassen wir uns nicht länger alles gefallen!

Boykottieren wir die Mieterhöhung!

Wie wird das für uns gutgehen, werden sich fast alle fragen.
Es ist ein Hausbesitzer, aber wir sind 30 oder mehr MieterInnen in einem Haus.
Es sind vielleicht 100 Hausbesitzer in einer Straße, aber wir sind schon mindestens 3.000 in einer Straße.
Es sind vielleicht ein paar Tausend Hausbesitzer, aber wir sind Millionen MieterInnen allein in dieser Stadt!

Wir müssen uns zusammenschließen:

- Mit denen in Ost uns West, die die Miete heute schon nicht mehr bezahlen können!
- Mit denen, die sich gegen die Vermieter wehren wollen, aber sich alleine nicht trauen!
- Mit denen, die ihre Miete schon heute mindern oder dies ab dem 1.1.93 tun wollen!

Wir werden uns nächsten Dienstag um 19 Uhr im Mieterladen in der Bänschstr. 79 treffen, um weitere Aktionen gegen Vermieter und Mieterhöhung vorzubereiten.
Kommt vorbei.
Gemeinsam können wir Strukturen aufbauen, die den Vermietern bei jeder Sauerei unsere Kraft entgegensetzt!
KeineR soll mehr alleine gegen seinen/ihren Vermieter stehen!
Wohnungsräumungen dürfen wir nicht mehr zulassen!

Was passiert mir, wenn ich die Mieterhöhung boykottiere haben wir uns gefragt:
In den ersten 3 bis 4 Monaten nichts (!!!) haben uns die Rechtsanwäte gesagt! Denn erst, wenn die Mietschulden zwei volle Monatsmieten betragen, kann es zu einer Kündigung kommen. Und wenn dann die Mietschulden nachgezahlt werden ist die Kündigung ungültig und wirkungslos.

WIR BLEIBEN ALLE!

Wir können also den Vermietern und Politikern die Stirn bieten und klar zeigen, was wir von der Mieterhöhung halten. Wir können die Zeit bis zum 1. Januar nutzen und uns zu weiteren Aktionen zusammenschließen. Wir haben auch noch die ersten Monate im neuen Jahr Zeit, den Mieterhöhungsboykott zu organisieren und anderen zu erklären.
Werden wir viele, können wir die Mieterhöhung zu Fall bringen!
Sind wir zu wenige, können wir die Mieterhöhung rechtzeitig nachbezahlen, damit niemand seine/ihre Wohnung verliert!
Reicht bei einer/einem von uns das Geld für die Mieterhöhung nicht mehr, dann werden wir die drohende Räumung verhindern können, wenn wir alle zusammenhalten!
Wir haben eine Chance, wenn wir die Vermieter an ihrem Lebenselexier packen: am Geld!
Zeigen wir uns gegenseitig, daß wir uns gegen die Mieterhöhung wehren: denken wir uns ein Zeichen aus, an dem wir erkennen, daß wir mehr werden.

Organisieren wir den Mieterhöhungsboykott,
in den Häusern, in den Straßen und im ganzen Kiez!
Bringen wir gemeinsam die Mieterhöhung zu Fall!



2. WBF

Einige Leute werden sich vielleicht wundern, warum wir heute vor die WBF ziehen, wo doch die Mieterhöhungen in Bonn gemacht werden.
Daß wir die Mieterhöhungen kippen werden, das steht außer Frage. Bis es allerdings soweit ist bzw. darüber hinaus, haben wir ein paar Handlungsanleitungen für die WBF parat. Deshalb geht das jetzt Folgende an die Chefetage der WBF:
Weil IHR euch euere fetten Ärsche in euren weichen Sesseln plattsitzt und die soziale Realität nicht wahrnehmen wollt, erklären WIR euch jetzt, warum wir hier auf die Straße gehen und was ihr in Zukunft zu tun bzw. zu lassen habt.
Also sperrt die Lauscher auf:
Für UNS bedeutet soziale Realität Sozialabbau, immer höhere Steuern, steigende Preise, sinkende Reallöhne, falls wir überhaupt noch Arbeit haben. Und dann wollt IHR von UNS für die miesen Löcher, die IHR UNS vermietet immer noch mehr Geld haben.
IHR sagt, IHR braucht die Mieterhöhungen, damit IHR UNSERE Wohnungen instandsetzen könnt. Das habt IHR letztes Jahr auch schon behauptet. Und was ist bisher passiert? - So gut wie nix!
Wenn WIR die Mängel in UNSEREN Wohnungen beseitigt haben wollen, dann wissen WIR doch ALLE ganz genau, daß IHR nichts besseres zu tun habt, als uns dabei Steine in den Weg zu legen, uns zu schickanieren und uns von Pontius zu Pilatus zu schicken. Ganz als ob WIR EUCH mit sinnlosen und unnötigen Dingen belästigen würden.
Wofür bezahlen WIR EUCH eigentlich?
IHR veranschlagt von unserer Miete 1,20 DM pro qm Wohnfläche als Verwaltungskosten. Wofür, wenn WIR EUCH eure Aufgaben hinterhertragen müssen?
Oder fließt UNSER ganzes Geld in EUREN neuen Prunkpalast in der Scharnweberstr.?
Oder braucht IHR das ganze Geld für die Leerstandsverwaltung?
DIESE Kosten könnten WIR senken!
Warum vermietet IHR die 6-15000 leerstehenden Wohnungen hier im Kiez nicht einfach? IHR sagt, diese Wohnungen sich nicht bewohnbar und deshalb könnt ihr sie nicht vermieten. Das mag wohl für einige wenige gelten, aber WIR wissen, daß die meisten leeren Wohnungen in keinem wesentlich schlechteren Zustand sind, als die, in denen WIR leben müssen.
Oder braucht IHR UNSER ganzes Geld für die Tilgung der Altschulden?
DAS Geld DAFÜR könnt IHR euch woanders holen! DIE bezahlen WIR nicht auch noch! IHR habt doch schließlich eine Lobby hinter euch, setzt DIE doch mal unter Druck!
Und was UNS dann noch unter den Nägeln brennt, das sind die Betriebskosten. Warum nehmt IHR eigentlich als einzige Wohnungsbaugesellschaft in Ostberlin den höchstmöglichen Vorauszahlungsbetrag? Was macht die Betriebskosten in Friedrichshain höher als anderswo? Höher sogar als im Westen. Ist es die Treppenhausbeleuchtung, um die WIR uns in der Regel selbst kümmern müssen? Klar, zum Jahresende muß abgerechnet werden, aber als zinsloses Darlehen für EUCH ist UNS UNSER Geld zu schade!
Also, nochmal kurz zusammengefaßt, damit es auch der und die Letzte von euch kapiert:

- sofortige und unbürokratische Mängelbeseitigung in UNSEREN Wohnungen!
- Vermietung aller leerstehenden Wohungen!
- holt euch EUER Geld für die Altschulden woanders oder sorgt dafür, daß sie gestrichen werden!
- sofortige Abrechnung der Betriebskosten!
- und dann natürlich: Niemand zwingt euch dazu, die Mieterhöhungen und die Instandsetzungsumlage zu verlangen! Deshalb:

KEINE MIETERHÖHUNGEN!
WIR BLEIBEN ALLE!!!



Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale des Syndicats de Police

Landesbezirk Brandenburg

Landesbezirksvorstand

Gewerkschaft der Polizei · Landesbezirk Brandenburg
Dortustraße 36 · O-1561 Potsdam

Dortustraße 36 · Postfach 343
O-1561 Potsdam

Telefon: Potsdam / 48 20 35
Telefax: Potsdam / 48 20 35

Konten:
BfG Bank für Gemeinwirtschaft
Kto. 1470 592 700 (BLZ 160 101 11)

Ihr Zeichen | Ihr Schreiben | Unser Zeichen | Datum

Cottbus, 12.10.1992

Pressemitteilung

Die Gewerkschaft der Polizei wendet sich entschieden gegen Darstellungen in den Medien, daß täglich ca. 500 Polizisten in Brandenburg angetrunken ihren Dienst beginnen. Der GdP-Landesvorsitzende Andreas Schuster erklärte, daß es falsch ist, pauschal zu urteilen: wenn im Durchschnitt 5 % der Bevölkerung alkoholkrank sind, dann sind dies auch 5 % der Polizisten. Diese Pauschalisierung rückt die Polizei in ein vollkommen falsches Licht.

Die GdP unterstützt, sich dem Tabuthema "Alkohol" zuzuwenden, warnt jedoch vor Falschaussagen. Es ist richtig, daß der Polizeiärztliche Dienst in Brandenburg um einen sozial-medizinischen Dienst erweitert wird. Dieser sozial-medizinische Dienst ist eine Hilfe bei der Bewältigung menschlich-sozialer Probleme (auch im Einzelfall auftretender Alkoholprobleme).

Wer behauptet, daß täglich 500 Polizisten angetrunken Streifenwagen fahren, muß sich selbst die Frage gefallen lassen, ob er diese Feststellung in nüchternem Zustand getroffen hat.

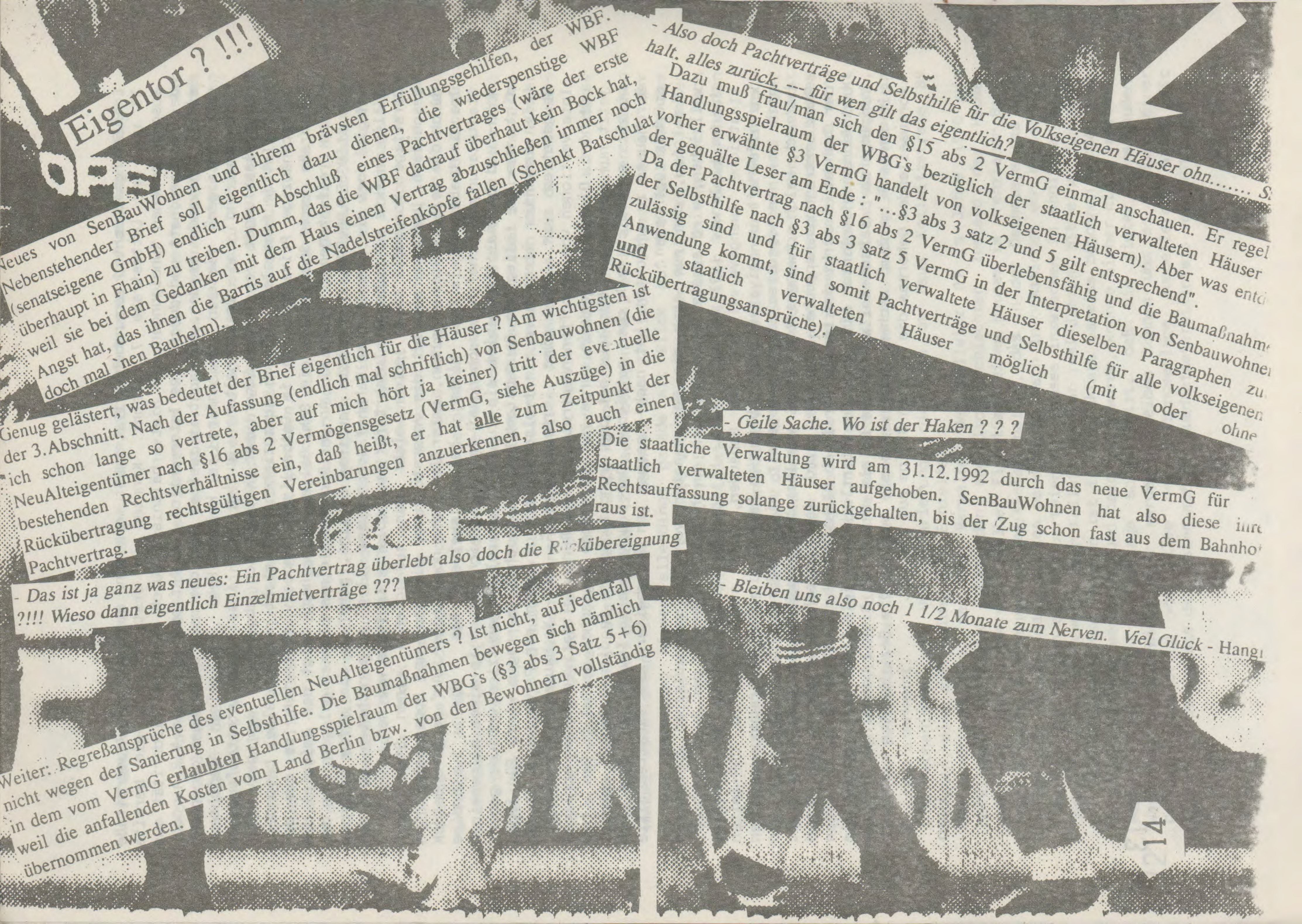
Andreas Schuster
Landesvorsitzender

Neues aus der Kollwitzstraße 89

Nach dem die zweite Besetzung des Huases am 19. Oktober ausgesetzt worden war (siehe letzte BZ), kam es zwei Tage später zu einem ersten Gespräch mit dem Verwalter des Hauses, der Ulmann Immobilen GmbH, bei dem mehere Varianten unterbreitet wurden, wie ein baldiger Wiederbezug des Hauses zu erreichen wäre. Der Verwalter sicherte zu, in den nächsten vierzehn Tagen diese Varianten zu prüfen. Dann sollte in einem zweiten Gespräch eine Entscheidung fallen. Zu diesem zweiten Gespräch ist es nicht gekommen.
Stattdessen erfuhren die BesetzerInnen und die UnterstützerInnen vom W.B.A. PrenzelBerg, daß die Firma Ulmann und der Baustadtrat des Bezirkes, Matthias Klipp (Bündnis PrenzelBerg), die vergangenen vierzehn Tage genutzt haben, um eine Separatlösung auszuhandeln. Gegenstand dieser Gespräche war folgender "Vorschalg": Das Hotel soll im Seitenflügel gebaut werden; im Vorderhaus wird der erste Stock inb Gewerberaum umgewandelt; das Dachgeschoß wird zu Luxuswohnungen ausgebaut; es bleiben Wohnungen in der zweiten, dritten und vierten Etage. Wichtig ist dabei, daß diese Wohnungen mit privaten Geldern erfolgen würde - was am Ende zu Mietpreisen von mindestens 18 DM pro Quadratmeter führt (für das Dachgeschoß bei Weitem mehr).
Von einer "Lösung" des Problems auf diese Art konnte natürlich keine Rede sein: Das Haus wird, wenn nichts anderes geschieht, auf absehbare Zeit leerstehen. Das Hotel entsteht, und außerdem luxusmodernisierter Wohnraum, den sich kein Bürger Osteberlins wird leisten können. Die Eigentümer bekommen das Haus durch das Bezirksamt sozusagen auf dem silbernen Tablett serviert.
Eine Einigung über diesen Deal kam nicht zustande; trotzdem wird diese Verfahrensweise des Baustadtrates Klipp katastrophale Wirkungen zeigen.
Die Frage, was denn den Stadtrat überhaupt bewogen hat, sich auf einen solchen Handel einzulassen, ist nicht zu beantworten. Kritische Stimmen während der ersten Besetzung wiesen allerdings gerade mit Blick auf die Teilnahme des Stadtrates Klipp auf die unmittelbare zeitliche Nähe der Aktion zu den letzten Kommunalwahlen im Land Berlin hin. Viele schlugen das damals in den Wind. Nach den letzten Ereignissen bleibt festzustellen: die Kritiker von damals hatten Recht.
Festzustellen bleibt, daß inzwischen nicht nur der Senat, sondern offenbar auch die Bezirksämter nichts mehr gegen die Vertreibung der Bürgerinnen und Bürger aus den Kiezen unternehmen wollen. Neben dem Vertrauensverlust, den Stadtrat Klipp der sogenannten PrenzelBerger Linie (der Einberufung eines Runden Tisches und der Versuch einer Verhandlungslösung bei Neubesetzungen) bereitet hat, wird dieses Zeichen vor allem von den Glücksrittern, die in den Immobilienmarkt Ostberlins einfallen, nicht übersehen werden. Signalisiert ist jetzt nämlich, daß das Bezirksamt das Recht der Eigentümer auf Umnutzung eines Wohnhauses im Prinzip anerkennt.
Die Mechanismen der Umstrukturierung, die sich am Haus Kollwitzstraße 89 zeigten, sind aber leider kein Einzelfall.
Der Architekt Rau, der dem Verwalter der Kollwitz 89 im Jahre 1990 ein Gefälligkeitsgutachten über den angeblich schlechten Zustand des Hauses erstellte, ist mittlerweile selber Eigentümer eines Hauses im Prenzlauer Berg, des Eckhauses Schönhauser Allee/Kastanienallee, das in der Dachetage das wohl berühmteste Atelier des Bezirkes beherbergt. Nach Informationen von Mieterberatungsvereinen werden die Mietparteien des Hauses inzwischen in ähnlicher Weise bedrängt, wie die Bewohner der Kollwitz 89 vor zwei Jahren. Mit einer Sanierung der denkmalgeschützten Fassade ist in dem Eckhaus bereits begonnen worden - ob dies ordnungsgemäß beantragt und beschieden wurde, konnte bisher nicht ermittelt werden. Fest steht allerdings schon jetzt, daß die Mieter ihre Außenwandgasheizungen nicht mehr werden betreiben können und so hilflos einer Privatmodernisierung vor allem der Heizungsanlage ausgeliefert sind. Mit entsprechender Umlage der Kosten auf den Quadratmetermietpreis versteht sich.

Entmietungsabsichten von neuen Privateigentümern sind auch aus der Raumerstraße 33 und der Lettestraße 7 bekannt. Konnten im ersteren Fall die bereits ausgesprochenen Kündigungen der Mietverhältnisse durch massive Solidarität aus der Nachbarschaft und durch eine Intervention des Aktionsbündnisses W.B.A. noch einmal abgewendet werden, so macht im zweiten Fall der neue Eigentümer gegenüber den "jetzigen" Mietern von Anfang an keinen Hehl aus seinen Absichten. Instandsetzung und Instandhaltung wurden auf inzwischen stattgefundenen Hausversammlungen vom neuen Eigentümer kategorisch abgelehnt. Wem das nicht paßte, wurde nahegelegt, gleich auszuziehen. Daß nicht nur einzelne, besonders kaltschnäuzige Privatpersonen im Ostberliner Monopoly auftreten, um aus der Badstraße durch Spekulation die Schloßallee zu machen, zeigt das Beispiel des Hauses Greifenhagener Straße 47. An der Rückseite eines Blockes gelegen, von dem die KLINGBEILGRUPPE, die größte Baufirma Berlins, mehr als die Häfte erworben hat, um dort die "Passagen am Bahnhof Schönhauser Allee" zu erricheten, soll das völlig intakte Wohnhaus der Zufahrt für das geplante Kaufhaus weichen.
Derartige Vorgänge sind jedoch nicht nur auf diesen einen Stadtbezirk beschränkt. Und anderswo ist die Unterstützung, die Bau- und Bodenspekulanten durch die Bezirksämter erhalten, unter Umständen noch größer. Auf dem Grundstück Joachimstraße 7 in Mitte beispielsweise hat die zuständige Stadtplanungsamtschefin Laduch quasi im Handstreich mitten in einem allgemeinen Wohn- und Denkmalpflegegebiet ein zu 75 % gewerblich genutztes Gebäude genehmigt, das die umliegende Bausubstanz um ein Geschoß überragen wird. Für jeden Laien erkennbar liegt hier ein typischer Verstoß gegen den Paragraphen 34 des Baugesetzes vor, der eine "Ortsüblichkeit" bei Neubauten vorschreibt. Interventionen von Betroffenenvertretungen und Bürgerinitiativen wurden schlicht überhört. Die Öffentlichkeit wurde vor vollendete Tatsachen gestellt. Das - bis jetzt nur geplante - Bürohaus hat den Grundstückswert in dieser Gegend aktuell bereits erheblich nach oben getrieben. Der Druck anderer Investoren, dort auch Bürohäuser zu errichten, hat nach Aussagen von Mitarbeitern des Bauamtes Mitte spürbar zugenommen.
Die Kotau, den nun auch die Bezirksämter vor den westdeutschen Investoren vollziehen, wird zusätzlich gefährlich durch eine Änderung des Bundesrechtes, die am 1. Januar 1993 in Kraft tritt. Mit diesem Stichtag endet die bisherige staatliche Zwangsverwaltung von Gebäuden, die sich auch zu DDR-Zeiten unzweifelhaft in privatem Besitz befunden haben. Ein Rückübertragungsverfahren nach dem Vermögensrechtsänderungsgesetz wird dadurch hinfällig. Wenn man bedenkt, welch schwunghafter Handel von Immmobilienspekulanten bereits jetzt mit Rückübertragungsansprüchen betrieben wird, ist abzusehen, welch enormer Schub der Grundstücksmarkt des Landes Berlin ab nächstem Jahr erfahren wird. Die Damen und Herren Spekulanten sitzen in den Startlöchern. Viele Eigentümer, werden die Vorgänge um das Haus Kollwitzstraße 89 als deutliches Signal begreifen, daß sie mit ihrem "Eigentum" machen können, was sie wollen. Die Bezirksämter räumen in vorauseilendem Gehorsam die letzten Steine aus dem Weg.

lupo



Eigentor ? !!!

Neues von SenBauWohnen und ihrem brävsten Erfüllungsgehilfen, der WBF. Nebenstehender Brief soll eigentlich dazu dienen, die widerspenstige WBF (senatseigene GmbH) endlich zum Abschluß eines Pachtvertrages (wäre der erste überhaupt in Fhain) zu treiben. Dumm, das die WBF dadrauf überhaut kein Bock hat, weil sie bei dem Gedanken mit dem Haus einen Vertrag abzuschließen immer noch Angst hat, das ihnen die Barris auf die Nadelstreifenköpfe fallen (Schenkt Batschulat doch mal `nen Bauhelm).

Genug gelästert, was bedeutet der Brief eigentlich für die Häuser ? Am wichtigsten ist der 3.Abschnitt. Nach der Aufassung (endlich mal schriftlich) von Senbauwohnen (die ich schon lange so vertrete, aber auf mich hört ja keiner) tritt der eventuelle NeuAlteigentümer nach §16 abs 2 Vermögensgesetz (VermG, siehe Auszüge) in die bestehenden Rechtsverhältnisse ein, daß heißt, er hat **alle** zum Zeitpunkt der Rückübertragung **rechtsgültigen** Vereinbarungen anzuerkennen, also auch einen Pachtvertrag.

- Das ist ja ganz was neues: Ein Pachtvertrag überlebt also doch die Rückübereignung ?!!! Wieso dann eigentlich Einzelmietverträge ???

Weiter: Regreßansprüche des eventuellen NeuAlteigentümers ? Ist nicht, auf jedenfall nicht wegen der Sanierung in Selbsthilfe. Die Baumaßnahmen bewegen sich nämlich in dem vom VermG **erlaubten** Handlungsspielraum der WBG`s (§3 abs 3 Satz 5+6) weil die anfallenden Kosten vom Land Berlin bzw. von den Bewohnern vollständig übernommen werden.

- Also doch Pachtverträge und Selbsthilfe für die Volkseigenen Häuser ohn...... S halt, alles zurück, --- für wen gilt das eigentlich?

Dazu muß frau/man sich den §15 abs 2 VermG einmal anschauen. Er regel Handlungsspielraum der WBG`s bezüglich der staatlich verwalteten Häuser vorher erwähnte §3 VermG handelt von volkseigenen Häusern). Aber was ent der gequälte Leser am Ende : "...§3 abs 3 satz 2 und 5 gilt entsprechend". Da der Pachtvertrag nach §16 abs 2 VermG überlebensfähig und die Baumaßnahm der Selbsthilfe nach §3 abs 3 satz 5 VermG in der Interpretation von Senbauwohne zulässig sind und für staatlich verwaltete Häuser dieselben Paragraphen zu Anwendung kommt, sind somit Pachtverträge und Selbsthilfe für alle volkseigenen **und** staatlich verwalteten Häuser möglich (mit oder ohne Rückübertragungsansprüche).

- Geile Sache. Wo ist der Haken ? ? ?

Die staatliche Verwaltung wird am 31.12.1992 durch das neue VermG für staatlich verwalteten Häuser aufgehoben. SenBauWohnen hat also diese ihre Rechtsauffassung solange zurückgehalten, bis der Zug schon fast aus dem Bahnho raus ist.

- Bleiben uns also noch 1 1/2 Monate zum Nerven. Viel Glück - Hang

Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen

BERLIN

Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen
Württembergische Straße 6, D-1000 Berlin 31 (Wilmersdorf)

Wohnungsbaugesellschaft
Friedrichshain mbH
- Geschäftsführung -
Warschauer Str. 39/40

O-1017 Berlin

Bearbeiterzeichen (bitte immer angeben)	Bearbeiter(in)	Zimmer	Fernruf (030) 867-1 (intern 95) Durchwahl	Datum
IV C 57	Herr Stahns	040	867 5490	22. 09. 1992

Betr.: Grundstück , Abschluß eines langfristigen Nutzungsvertrages als Voraussetzung für die Förderung gemäß Ziffer 17 Modernisierungs- und Instandsetzungsrichtlinien 1990 - ModInstRL 90 - (Bauliche Selbsthilfe)

Sehr geehrter Herr von der Lancken,
sehr geehrter Herr Norden,

der Hausverein, der von den Bewohnern des o.g. Gebäudes gegründet wurde, hat einen Antrag auf Förderung gemäß Ziffer 17 b) ModInstRL 90 gestellt. Die Programmzusage wurde erteilt. Der Abschluß des entsprechenden Fördervertrages war jedoch bislang nicht möglich, da die Wohnungsbaugesellschaft unter Hinweis auf die offenen Vermögensfragen eine langfristige Verpachtung an den Hausverein ablehnte.

Für das ehemals volkseigene Grundstück liegt nach unseren Informationen keine Anmeldung gemäß § 3 Abs. 3 Vermögensgesetz (VermG) vor. Eine Verfügungsbeschränkung im Sinne der vorher genannten Vorschrift besteht in diesem Falle daher nicht. Sobald Sie sich

gemäß § 3 Abs. 5 VermG vergewissert haben, daß keine Anmeldung vorliegt, können Sie nach unserer Rechtsauffassung einen langfristigen Pachtvertrag mit dem Hausverein abschließen, der die bau- und wohnungsaufsichtlichen Mängel mit Eigenleistung und Förderung beheben will.

Hinsichtlich des Restrisikos wegen eventueller Anmeldungen, die dem Berliner Amt noch nicht zugeleitet wurden, ist zu berücksichtigen, daß durch die Verpachtung ein eventueller Restitutionsanspruch unberührt bleibt und daß der Berechtigte gemäß § 16 Abs. 2 VermG bei einer eventuellen Rückübertragung in die bestehenden Rechtsverhältnisse eintritt. Darüber hinaus ist zu beachten, daß die förderfähigen Baumaßnahmen sich im Rahmen des § 3 Abs. 3 Satz 5 und Satz 6 VermG bewegen. Die unrentierlichen Kosten werden im Sinne des § 177 Abs. 4 und 5 des Baugesetzbuches erstattet bzw. vom Hausverein getragen.

Wir bitten Sie darum, das vorgeschlagene Verfahren möglichst zügig zu realisieren. Die erforderlichen Fördermittel sind im Haushaltsjahr 1992 gesichert. Die Realisierung des Selbsthilfe-Projektes wird sich unseres Erachtens positiv auf die städtebauliche und soziale Situation im Umfeld auswirken.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung
Bielka

Beglaubigt

Abschnitt II

Rückübertragung von Vermögenswerten

§ 3

Grundsatz

(1) Vermögenswerte, die den Maßnahmen im Sinne des § 1 unterlagen und in Volkseigentum überführt oder an Dritte veräußert wurden, sind auf Antrag an die Berechtigten zurückzuübertragen, soweit dies nicht nach diesem Gesetz ausgeschlossen ist. Der Anspruch auf Rückübertragung, Rückgabe oder Entschädigung kann abgetreten, verpfändet oder gepfändet werden. Ein Berechtigter, der einen Antrag auf Rückgabe eines Unternehmens stellt oder stellen könnte, kann seinen Antrag nicht auf die Rückgabe einzelner Vermögensgegenstände beschränken, die sich im Zeitpunkt der Schädigung in seinem Eigentum befanden; § 6 Abs. 6a Satz 1 bleibt unberührt.

(2) Werden von mehreren Personen Ansprüche auf Rückübertragung desselben Vermögenswertes geltend gemacht, so gilt derjenige als Berechtigter, der von einer Maßnahme gemäß des § 1 als Erster betroffen war.

(3) Liegt eine Anmeldung nach der Verordnung über die Anmeldung vermögensrechtlicher Ansprüche vom 11. Juli 1990 (GBl. I Nr. 44 S. 718), zuletzt geändert durch die 2. Verordnung über die Anmeldung vermögensrechtlicher Ansprüche vom 21. August 1990 – im folgenden Anmeldeverordnung genannt – vor, so ist der Verfügungsberechtigte verpflichtet, den Abschluß dinglicher Rechtsgeschäfte oder die Eingehung langfristiger vertraglicher Verpflichtungen ohne Zustimmung des Berechtigten zu unterlassen. Ausgenommen sind solche Rechtsgeschäfte, die

a) zur Erfüllung von Rechtspflichten des Eigentümers, insbesondere bei Anordnung eines Modernisierungs- und Instandsetzungsgebots nach § 177 des Baugesetzbuchs zur Beseitigung der Mißstände und zur Behebung der Mängel oder

b) zur Erhaltung und Bewirtschaftung des Vermögenswerts

erforderlich sind. Ausgenommen sind ferner Instandsetzungsmaßnahmen, wenn die hierfür aufzuwendenden Kosten den Verfügungsberechtigten als Vermieter nach Rechtsvorschriften zu einer Erhöhung der jährlichen Miete berechtigen. Der Berechtigte ist verpflichtet, dem Verfügungsberechtigten die aufgewendeten Kosten, soweit diese durch eine instandsetzungsbedingte Mieterhöhung nicht bereits ausgeglichen sind, zu erstatten, sobald über die Rückübertragung des Eigentums bestandskräftig entschieden ist. Satz 2 gilt entsprechend für Maßnahmen der in Satz 2 Buchstabe a bezeichneten Art, die ohne eine

Anordnung nach § 177 des Baugesetzbuchs vorgenommen werden, wenn die Kosten der Maßnahmen von der Gemeinde oder einer anderen Stelle nach Maßgabe des § 177 Abs. 4 und 5 des Baugesetzbuchs erstattet werden. Der Verfügungsberechtigte hat diese Rechtsgeschäfte so zu führen, wie das Interesse des Berechtigten mit Rücksicht auf dessen wirklichen oder mutmaßlichen Willen es erfordert, soweit dem nicht das Gesamtinteresse des von dem Verfügungsberechtigten geführten Unternehmens entgegensteht; § 678 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist entsprechend anzuwenden, jedoch bleiben die Befugnisse als gegenwärtig Verfügungsberechtigter in den Fällen des § 177 des Baugesetzbuchs und der Sätze 3 und 5 sowie nach dem Investitionsgesetz von diesem Satz unberührt. Der Verfügungsberechtigte ist zur Abwendung der Gesamtvollstreckung nicht verpflichtet, wenn der Berechtigte trotz Aufforderung innerhalb eines Monats einen Antrag auf vorläufige Einweisung nach § 6a nicht stellt oder ein solcher Antrag abgelehnt worden ist. Dies gilt auch bei verspäteter Anmeldung.

(4) Wird die Anmeldefrist (§ 3 der Anmeldeverordnung) versäumt und liegt keine verspätete Anmeldung vor, kann

Quelle: Vermögensgesetz (Bundesgesetzblatt vom 26.04.1991); §§§ 3,15,16

§ 15

Befugnisse des staatlichen Verwalters

(1) Bis zur Aufhebung der staatlichen Verwaltung ist die Sicherung und ordnungsgemäße Verwaltung des Vermögenswertes durch den staatlichen Verwalter wahrzunehmen.

(2) Der staatliche Verwalter ist bis zur Aufhebung der staatlichen Verwaltung nicht berechtigt, ohne Zustimmung des Eigentümers langfristige vertragliche Verpflichtungen einzugehen oder dingliche Rechtsgeschäfte abzuschließen. § 3 Abs. 3 Satz 2 und 5 gilt entsprechend.

(3) Die Beschränkung gemäß Absatz 2 entfällt nach Ablauf der Anmeldefrist (§ 3 der Anmeldeverordnung), solange der Eigentümer seinen Anspruch auf den staatlich verwalteten Vermögenswert nicht angemeldet hat.

(4) Der staatliche Verwalter hat sich vor einer Verfügung zu vergewissern, daß keine Anmeldung im Sinne des Absatzes 3 vorliegt.

Abschnitt IV

Rechtsverhältnisse zwischen Berechtigten und Dritten

§ 16

Übernahme von Rechten und Pflichten

(1) Mit der Rückübertragung von Eigentumsrechten oder der Aufhebung der staatlichen Verwaltung sind die Rechte und Pflichten, die sich aus dem Eigentum am Vermögenswert ergeben, durch den Berechtigten selbst oder durch einen vom Berechtigten zu bestimmenden Verwalter wahrzunehmen.

(2) Mit der Rückübertragung von Eigentumsrechten oder der Aufhebung der staatlichen Verwaltung oder mit der vorläufigen Einweisung nach § 6a tritt der Berechtigte in alle in bezug auf den jeweiligen Vermögenswert bestehenden Rechtsverhältnisse ein.

(3) Bestehende Rechtsverhältnisse können nur auf der Grundlage der jeweils geltenden Rechtsvorschriften geändert oder beendet werden.

§ 17

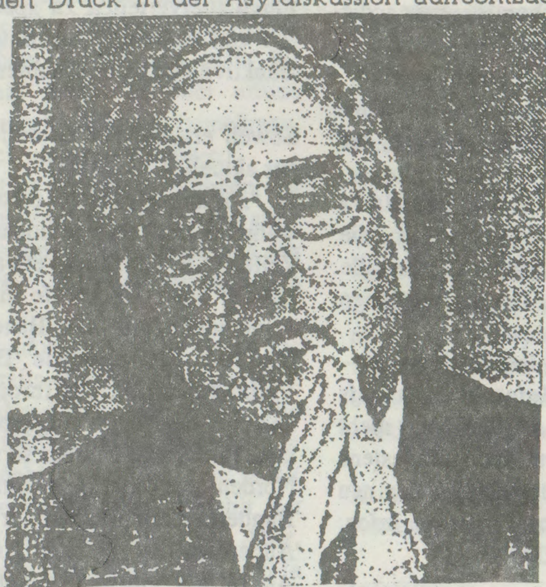
Miet- und Nutzungsrechte

Durch die Rückübertragung von Grundstücken und Gebäuden oder die Aufhebung der staatlichen Verwaltung werden bestehende Miet- oder Nutzungsrechtsverhältnisse nicht berührt. Dies gilt nicht in den Fällen des § 1 Abs. 3, wenn der Mieter oder Nutzer bei Abschluß des Vertrages nicht redlich im Sinne des § 4 Abs. 2 und 3 [illegible] ist

Leute: macht was draus!!!

BEKANNTMACHUNG

Nach der Demonstration am Sonntag und der nachfolgenden Pressehetze wollen wir als VertreterInnen autonomer Gruppen dazu Stellung beziehen.
Die Politiker, die zur Zeit in Bonn daran arbeiten, den Artikel 16 aus dem Grundgesetz zu streichen und die mit der Debatte darum die rassistische Stimmung in diesem Land geschürt haben, versuchten sich am Sonntag einen antifaschistischen, weißen Schafspelz umzuhängen. Vergessen zu sein scheinen Äußerungen wie von Kriegsminister Volker Rühe (CDU): "Man soll die Kasernen nicht zur Unterbringung von Asylbewerbern zur Verfügung stellen, um den Druck in der Asyldiskussion aufrechtzuerhalten."



Hetze dieser Art läßt sich auch bei Kohl, Engholm, Lafontaine, S...bl oder Schönhuber finden. Die, angesichts der rassistischen Gewalt in der BRD, eher ...nbolischen Angriffe auf Kohl und Weizsäcker richteten sich nicht gegen die Menschen, die auf dieser Demonstration ernsthaft für eine antifaschistische und antirassistische Politik eintraten.
Die paar Eier und das bißchen Gemüse gegen zwei Politiker werden von den Medien und Politikern dazu benutzt linksradikale und antifaschistische Inhalte gesellschaftlich zu isolieren und zu kriminalisieren. In diesem Sinne äußerte sich bereits am Sonntag der Historiker der Münchner Militärhochschule Michael Wolfsohn: "Das ist eine solche Katastrophe, was wir heute erlebt haben, daß wir nicht zulassen dürfen, daß sich ein solches Fiasko noch einmal wiederholt. Mit diesen Leuten können wir uns nicht unterhalten, die müssen die Macht des Staates spüren." In diesem Stil konnte Wolfsohn die Fernsehübertragung der Kundgebung kommentieren.
Mit Aussprachen dieser Art soll ein Bündnis von verschiedenen antifaschistischen Gruppen verhindert werden. Die Hetze geht sogar soweit, autonome Gruppen mit den Faschisten in einen Topf zu werfen.
Für uns ist es ein klarer Unterschied, ob Richard Weizsäcker mit Tomaten beworfen wird, oder ob Faschisten und Rassisten Flüchtlingsheime attakieren. Aber in diesem Staat scheinen symbolische Angriffe auf seine Repräsentanten mehr zu stören, als tagelange Pogrome in Rostock oder das Anzünden von Flüchtlingsheimen, wie an diesem Wochenende in Sachsen-Anhalt oder in Berlin-Lichtenberg.

Linke Störungen werden kriminalisiert, rechte Morde werden bagatellisiert!

Wir richten unsere Aktion klar gegen die, die verantwortlich sind für rassistische Flüchtlingspolitik, Wohnungsnot und Mieterhöhung, Häuserräumung und Exmittierung.

Mit Faschisten und Schreibtischtätern gibt es für uns keine Toleranz und keinen Frieden. Lassen wir uns nicht spalten in "gute" und "böse" Linke, in MieterInnen und HausbesetzerInnen, in AusländerInnen und Deutsche!

Gemeinsam können wir nach den Sternen greifen!

Infotelefon - Der Widerstand hat eine Nummer !?!

WIR WOLLEN ALLES WISSEN !!!

Bereits vor einem Jahr brachten wir ein Flugblatt mit gleicher Überschrift heraus, um auf das seit Ende 1989 bestehende INFOTELEFON aufmerksam zu machen.

Bevor wir etwas zu den Gründen sagen, die zur Enstehung des INFOTELEFONS geführt haben, nochmals kurz die Funktionsweise.

Im wesentlichen besteht das INFOTELEFON aus einem Anrufbeantworter mit unbegrenzter Ansagezeit. Unter der Telefonnummer
0 42 21 / 17 8 15 kann Mensch diese Maschine Tag und Nacht anrufen. Nach einem kurzen einleitenden Text über die Funktionsweise des INFOTELEFONS hört Mensch dann alle uns bekannten Termine von Veranstaltungen, Demos, Aktionen usw.
Im Anschluß ertönt ein Pfeifton, ein zweites Band wird eingeschaltet, nun kann der/die AnruferIn neue Informationen aufs Band sprechen. Dieses zweite Band ist von AnruferInnen nicht abhörbar, in der Regel hören wir dieses Band aber mindestens einmal am Tag ab und besprechen dann entsprechend der neu eingegangenen Meldungen das Ansageband mit den neuen Infos. Soweit die "technische" Seite des INFOTELEFONS.

Der für uns entscheidende Grund zur Einrichtung des INFOTELEFONS liegt in der unzuverlässigen und von vielen Widrigkeiten abhängigen Möglichkeit der Informationsbeschaffung in der Provinz. Das INFOTELEFON soll helfen, das Informationsgefälle zwischen Metropole und Provinz zu verkleinern.
Immer wieder erreichten uns Flugblätter, die zu irgendwelchen Ereignissen mobilisierten, erst, wenn wir über das Ereignis bereits in der Zeitung gelesen hatten. Umgekehrt war es schwierig und von persönlichen Kontakten abhängig, in Metropolen für Aktionen in der Provinz zu mobilisieren.
So war der Infomationsfluß nur dadurch gewährleistet, daß Menschen aus der eigenen Stadt in der nächst größeren studierten bzw. arbeiteten und so Informationen mitbrachten oder eben über mehr oder weniger zufällige Bekanntschaften. Hat diese "Bekanntschaft" plötzlich einen Sinneswandel und konzentrierte ihre Kraft lieber aufs Kartenlegen, als auf z.B. die Hafenstrasse, war es wieder aus mit dem Informationsfluß.
Hinzu kommt, daß es in vielen Provinznestern keine Strukturen in Form von linken Buchläden, Szenekneipen, geschweige denn selbstverwalteten Zentren gibt.
So ist es für Menschen, die dort leben schwierig, sich mit Informationen zu versorgen, Termine mitzubekommen oder an überregionalen Strukturen beteiligt zu sein.
Doch auch umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wie mobilisiert der oder die Provinzautonome in den Metropolen für Ereignisse, die sich in ihrer/ihrem Dorf abspielen, wenn er/sie nicht in irgendwelchen metropolitanen Strukturen verankert ist?
Wer legt denn fest, daß z.B. die mögliche Räumung der Hamburger Hafenstraße ein wichtigeres Ereignis ist als die Räumung eines von Jugendlichen besetzten städtischen Freizeitheimes mit der Forderung nach einem selbstverwalteten Zentrum in Klein Wölfingerode?
Das Infotelefon soll also auch helfen, auf Ereignisse in der Provinz aufmerksam zu machen, die vielleicht in den Metropolen gar nicht wahrgenommen werden.

Ein anderer Grund für die Idee des Infotelefons war die Erkenntnis, daß es Ereignisse gibt, bei denen die herkömmliche Mobilisierung über Flugblätter, Plakate etc. zu schwerfällig ist. Wenn z.B. der genaue Ort und Zeitpunkt eines (Neo-)Nazitreffens erst zwei Tage vorher bekannt wird, ist es für's Flugblätterverteilen zu spät, gleiches gilt, wenn in einer Stadt mit von Räumung bedrohten besetzten Häusern massive Bullenaktivitäten zu beobachten sind.

Soweit erstmal zur Grundidee des Infotelefons und nun etwas zur aktuellen Situation.
In "normalen" Zeiten erhalten wir etwa 20 Anrufe pro Tag, während des Sommerlochs etwas weniger und in bewegten Zeiten (z.B. Golfkrieg) etwas mehr.
Da auf etwa 10 Anrufe ein Anruf kommt, bei dem neue Informationen auf das Band gesprochen werden, ist es nicht möglich, abschließende Berwertungen über den derzeitigen Verbreitungsgrad des Infotelefons zu machen, da wir dies nur anhand der neu aufgesprochenen Informationen beurteilen können. Es scheint aber so zu sein, daß der Verbreitungsgrad im Norden der Republik besser ist als im Süden und aus den neuen Bundesländern erhalten wir so gut wie keine Anrufe.
Außerdem hat es den Anschein, daß dann besonders viele Anrufe aus einem Gebiet/einer Stadt eingehen, wenn dort die Existenz des Infotelefons zum ersten Mal bekannt wird, diese Aktivität dann aber irgendwann nachläßt und teilweise sogar ganz aufhört, so z.B. geschehen mit Hamburg und Bremen. Woran dies liegt, vermögen wir nicht abschließend zu beurteilen; ein Grund könnte darin liegen, daß die Idee der Mobilisierung übers Telefon einfach zu ungewohnt ist und bisherigen Verhaltensweisen widerspricht (Stichwort: Abhörgefahr). Andererseits gibt es vielleicht auch grundlegende Kritik an der Einrichtung Infotelefon, die uns aber bisher nicht erreicht hat (– mit einer Ausnahme, bei der der Anrufer meinte wir seien "technische Idioten" –).
Um es an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich zu sagen, wir verstehen uns nicht als Dienstleistungsbetrieb. Das Infotelefon, so wie wir es uns vorstellen, kann nur dann funktionieren und auch eine gewisse Bedeutung für die Informationvermittlung erlangen, wenn es von vielen Menschen aus der gesamten BRD genutzt wird. D.h. die aktive Mitarbeit einer/eines jeden Einzelnen ist erforderlich. Schon rein zeitlich ist es uns nicht möglich, Terminen hinterher zu recherchieren. Wir geben wirklich nur das weiter, was andere uns auf das Band gesprochen haben. Dies ist besonders dann unbefriedigend, wenn z.B. einE AnruferIn eine Räumung in X ankündigt und sich dann nicht mehr meldet, sodaß wir nicht weitergeben können, wie die Situation vor Ort sich entwickelt hat (Räumung verhindert, durchgesetzt oder gar nicht versucht?).
Unser Anspruch, auch kurze Berichte über stattgefundene Ereignisse weiterzugeben, damit sich auch andere Menschen dazu verhalten können, erschien uns besonders während des Golfkrieges wichtig, als sich der Schleier der Zensur über die Aktionen senkten, die den Schritt vom Protest zum Widerstand vollzogen. Während dieser Zeit erschien es uns wichtig, mit Hilfe des Infotelefons eine wenn auch nur sehr begrenzte Möglichkeit zu haben, auf stattgefundene Aktionen aufmerksam zu machen und damit zum einen die Breite des Widerstandes zu dokumentieren und zum anderen vielleicht weiteren Menschen Mut zu entschlossenem Handeln zu machen.

Damit sind wir auch schon bei einem weiteren Bereich, der beim Thema Infotelefon nicht fehlen darf. Die Angreifbarkeit dieser Einrichtung durch staatliche und andere Stellen. Das Infotelefon läßt sich nicht aus der Illegalität heraus betreiben, über Telefonanschluß und die Stimmen auf dem abhörbaren Teil des Bandes sind Einzelne schnell zu identifizieren, dies müssen wir natürlich auch bei den von uns weitergegebenen Informationen berücksichtigen. Wir versuchen, alle hier ankommenden Infos möglichst im Wortlaut weiterzugeben, da wir uns nicht als Zensurbehörde verstehen. Manchmal macht es aber unsere eigene Sicherheit erforderlich, Umformulierungen vorzunehmen. Bisher hat sich darüber aber auch noch niemand beschwert.
Was die Aktivitäten des Staatsschutzes angeht, so können wir nicht sagen, ob dieser mit in der Leitung hängt. Wir wissen aber, daß die Bullen hin und wieder wie "normale" BenutzerInnen das Infotelefon anwählen und sich die aufgesprochenen Informationen anhören.
Zur Zeit befürchten wir aber keine konkreten Schritte gegen das Infotelefon, da wir nicht glauben, bereits eine Bedeutung erlangt zu haben, mit der wir irgendjemand auf die Füße treten. Wie verläßlich die Möglichkeit des Infotelefons allerdings in Krisenzeiten ist, mag hier zunächst dahingestellt bleiben, jedeR der/die einmal seine/ihre Telefonrechnung nicht bezahlt hat weiß, wie schnell ein Telefonanschluß abzuklemmen ist. Aber, und dies erscheint uns besonders wichtig, das Infotelefon soll ja auch keine Strukturen ersetzen, sondern helfen, neue zu schaffen, sodaß der Verlust des Infotelefons keine großen Lücken aufreißen darf.

Mit Angreifbarkeit durch andere Stellen meinen wir hier konkret die alten und neuen Nazis. Drohanrufe und -briefe gehören mittlerweile zum Alltag und bereits wiederholt wurden Angriffe auf unsere Postadresse angekündigt. Damit läßt sich aber leben.
Viel wichtiger ist unserer Meinung nach die Frage, wie können die Rechten das Infotelefon eventuell für ihre Zwecke nutzen und wie können wir dies verhindern. Wir wollen hier jetzt keine Gebrauchsanleitung für Störaktionen weitergeben, deswegen nur kurz etwas zu unseren bisherigen Überlegungen, wie so etwas verhindert werden kann. Das wesentliche scheint uns zu sein, daß wir uns die Möglichkeit schaffen müssen, Informationen, die bei uns eingehen und die uns merkwürdig vorkommen, überprüfen zu können.
Dazu müßten wir allerdings Kontaktmöglichkeiten in der ganzen BRD haben, woran es zur Zeit noch erheblich mangelt.
Damit sind wir im Prinzip schon bei der Frage der Perspektiven der Idee Infotelefon. Nach unseren Vorstellungen sollte es in Gesamtdeutschland 10 bis 12 Infotelefone geben, die untereinander vernetzt sind. Jedes dieser Telefon könnte dann zum einen die überregional interessanten Informationen und zum anderen nur regional interessante Meldungen weitergeben, was einerseits die Attraktivität der einzelnen Telefone steigern würde und andererseits die Geldbeutel der AnruferInnen schonen würde. Mehrere regional verankerte Telefone würden dann auch eine größere Verläßlichkeit in der Überprüfung von eingehenden Informationen gewährleisten und die Angreifbarkeit verkleinern.
An dieser stelle noch einmal: das Infotelefon steht und fällt mit den BenutzerInnen. Wir können nicht viel mehr tun, als hier ankommende Informationen auch wieder 'rauszuschicken.

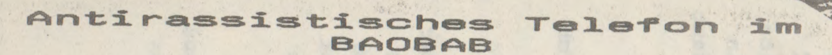
Welche Funktionen das Infotelefon einmal übernehmen und welchen Stellenwert es für die Nachrichtenübermittlug und Mobilisierung einnehmen wird, hängt von seinem Verbreitungsgrad und seiner Verankerung ab. Erst wenn es sich als selbstverständliches Mittel der Informationsweitergabe neben Zeitungen und Flugblättern etabliert hat und so auch in den Köpfen vieler Menschen existiert, kann es auch in Krisensituationen zu einer Gegenöffentlichkeit und zur schnellen massenhaften Mobilisierung beitragen.
Solange das Infotelefon aber nur sporadisch genutzt bzw. in einigen Gebieten überhaupt nicht (mehr) bekannt ist, wird es diese Funktion nur eingeschränkt übernehmen und damit seiner ursprünglichen Zielsetzung auch nicht gerecht werden können.

Wir hoffen deshalb, daß alle, die die Idee des Infotelefons richtig und wichtig finden, das Ihrige dazu tun, um diese in ihren Zusammenhängen weiter zu verbreiten. Es gibt dafür ermutigende Beispiele. So wurden in Berlin Plakate zum Infotelefon verklebt, im Ruhrpott über einen Radiosender darüber berichtet und in anderen Städten taucht die Infotelefon-Nummer auf diversen Flugblättern mit auf.

Kritik, Anregungen oder weitere Fragen bitte über folgende Adresse – ansonsten gilt: Ruf doch 'mal an!

Infotelefon
c/o Album e.V.
Oldenburger Str. 13
2870 Delmenhorst→





Antirassistisches Telefon im BAOBAB

Jeden Donnerstag zwischen 17-22 Uhr sitzt jemand am Antirassistischen Telefon im Infoladen Baobab. Die AnruferInnen berichten über selbsterlebte oder beobachtete Angriffe und Diskriminierungen. Einige von ihnen geben auch Informationen über faschistische Gruppen oder wollen selbst Aufkünfte über die Antirassistische Initiative.
Um sofort helfen zu können, reichen die Möglichkeiten, der 5-8 köpfigen Gruppe nicht aus, wie sich schon aus der kurzen Besetzungszeit des Telefons ergibt. Sie versucht aber, Kontakt mit dem Opfer aufzunehmen und ihm/ihr vor allem gegenüber Polizei und Justiz zu helfen. Anzeige zu erstatten, ist narürlich häufig nicht möglich, weil der/die Angegriffene illegal in der BRD lebt. Das ostberliner Antirassistische Telefon tauscht Informationen mit dem westberliner Telefon bzw. der Antirassistischen Initiative aus. Den Prozeß in Frankfurt/Oder gegen die Mörder Amadeu Antonios beobachteten beide Gruppen. Das Prozeßpublikum bestand so nicht ausschließlich aus SympathiesantInnen der Angeklagten. Den Versuchen die NebenklägerInnen einzuschüchtern, konnte zumindest im Gerichtssaal etwas entgegengesetzt werden.
Das ostberliner Antirassistische Telefon ist Mitte Februar aus der Gruppe des Info-Ladens Baobab heraus entstanden. Die ca. 25 Leute, die aktiv beim Laden mitarbeiten, waren meist schon in der Vorwendezeit politisch aktiv. Zunächst war das Telefon noch Dienstags und Donnerstags von 12-22 Uhr besetzt. Doch der vor zwei Jahren eröffnete Info-Laden muß ab November auf 4 von 9 ABM-Stellen verzichten, die übrigen laufen im nächsten Jahr aus. Darüber hinaus endet auch der Mietvertrag des Infoladens. Der Privatbesitzer fordert jetzt bereits 1600,- DM für den Laden, bei der ausstehenden Mieterhöhung wird Baobab nach neuen Räumen suchen müssen.
Leute, die mitarbeiten wollen, werden also gebraucht. Sie können sich beim: Baobab, Infoladen Eine Welt, Winsstr. 53, O-1055 Berlin (U-Bahn: 5, Senefelder-Pl. Tram: 71, 20, Marienburger Str.) Tel. 4269454 (Do 17-22 Uhr Antirassistisches Telefon) melden. Im Westen arbeitet das Antirassistische Telefon: 7857281 bzw. die Antirassistische Initiave, Yorckstr. 59, W-1000 Berlin 61, Tel. 7857281.

LESETIP

Broschüre "Hoyerswerda ist überall."

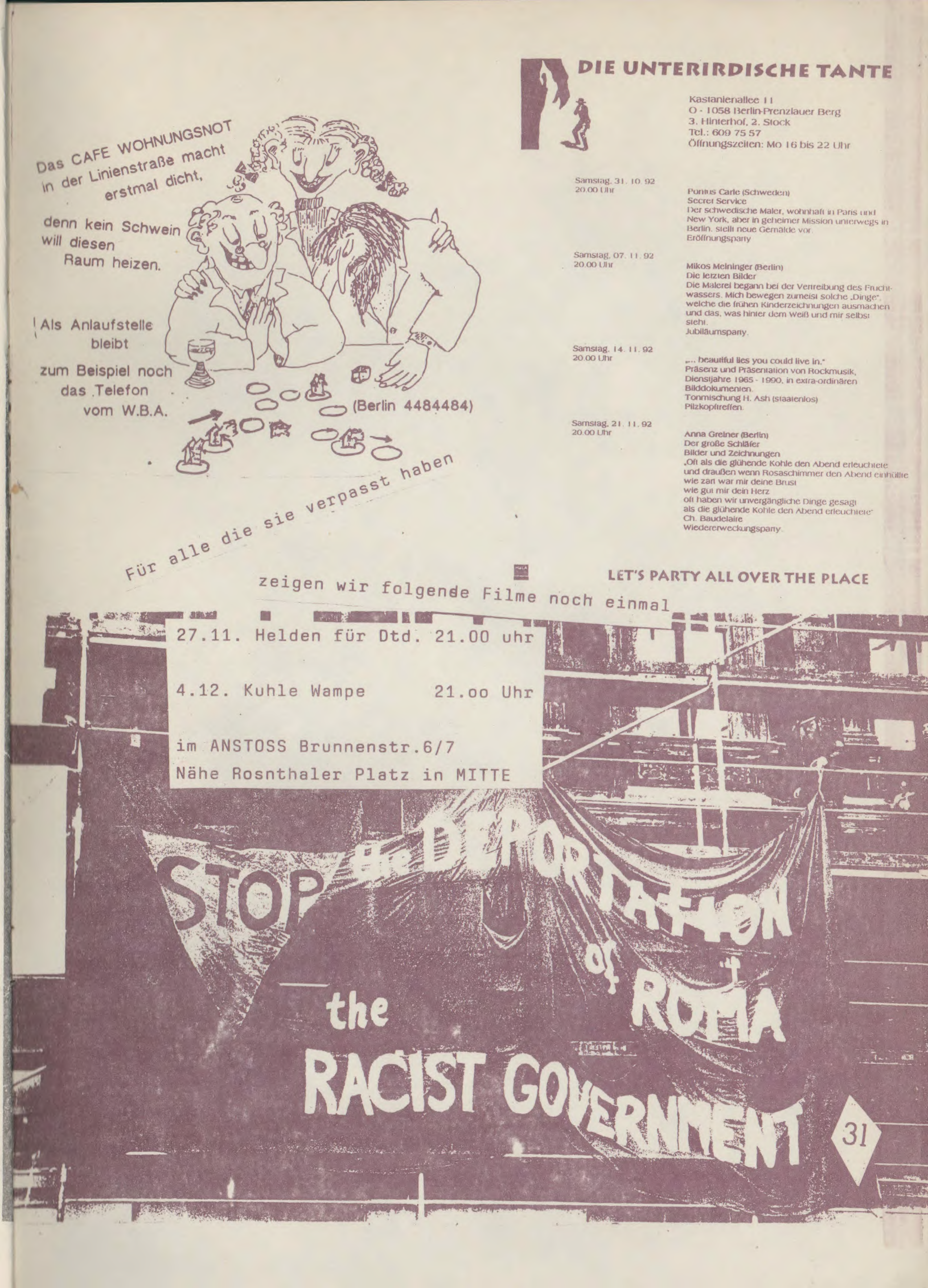
Neonazis in Nordrhein-Westfalen

Der Landesverband der Grünen NRW hat eine Broschüre zum Thema Neonazis in Nordrhein-Westfalen herausgegeben.

Bereits wenige Monate nach Hoyerswerda ist der Eindruck entstanden, die Welle der Gewalt sei verebbt. Leider ist der Eindruck falsch, lediglich die Zeitungsmeldungen über die Anschläge sind immer kürzer geworden und letztlich fast ganz verschwunden. Beispielsweise war der Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Hörstel bei Ibbenbüren in der Nacht vom 3. auf den 4. April 1992, der ein Todesopfer forderte und bei dem mehrere Menschen schwer, zum Teil lebensgefährlich, verletzt wurden, der Presse keine Meldung mehr wert. Wie lange die Ereignisse in Rostock die Medien beschäftigen werden, bleibt noch abzuwarten.
Alleine in den ersten Monaten des Jahres 1992 hat das Bundeskriminalamt 600 "ausländerfeindliche Straftaten" gezählt. Ein mehrfaches dieser Zahl dürfte ihm nicht bekannt geworden sein, denn viele Opfer verzichten aus Furcht vor weiteren Angriffen auf eine Anzeige bei der Polizei.
Nicht im "wilden Osten" als Ergebnis der SED-Politik, sondern in Nordrhein-Westfalen fanden 1991 die meisten behördlich gezählten Übergriffe statt. Darum behandelt die Broschüre schwerpunktmäßig die rassistischen Übergriffe vor und nach Hoyerswerda in NRW. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Rolle der Neonazis bei den Pogromen, die von der veröffentlichten Meinung in Widerspruch zu den belegbaren Fakten immer wieder heruntergespielt worden ist.
Ein interessanter und lesenswerter Beitrag quer zum Mainstream, der gut recherchierte, aktuelle Grundlageninformationen zur sog. Asyldebatte, zu Politik und Struktur von Neonaizs, zur "Welle der Gewalt" in NRW, zu Hoyerswerda und Hünxe präsentiert.

Die Broschüre ist erhältlich bei:
Die Grünen NRW
Volksgartenstr. 35
4000 Düsseldorf 1

kostet 5 Mark, ab 5 Exempla n 3 Mark, ab 10 Ex. 2.50 Mark.


Das CAFE WOHNUNGSNOT
in der Linienstraße macht
erstmal dicht,
denn kein Schwein
will diesen
Raum heizen.
Als Anlaufstelle
bleibt
zum Beispiel noch
das Telefon
vom W.B.A.
(Berlin 4484484)
Für alle die sie verpasst haben
zeigen wir folgende Filme noch einmal
27.11. Helden für Dtd. 21.00 uhr
4.12. Kuhle Wampe 21.oo Uhr
im ANSTOSS Brunnenstr.6/7
Nähe Rosnthaler Platz in MITTE
DIE UNTERIRDISCHE TANTE
Kastanienallee 11
O - 1058 Berlin-Prenzlauer Berg
3. Hinterhof, 2. Stock
Tel.: 609 75 57
Öffnungszeiten: Mo 16 bis 22 Uhr
Samstag, 31. 10. 92
20.00 Uhr
Pontus Carle (Schweden)
Secret Service
Der schwedische Maler, wohnhaft in Paris und New York, aber in geheimer Mission unterwegs in Berlin, stellt neue Gemälde vor.
Eröffnungsparty
Samstag, 07. 11. 92
20.00 Uhr
Mikos Meininger (Berlin)
Die letzten Bilder
Die Malerei begann bei der Vertreibung des Fruchtwassers. Mich bewegen zumeist solche „Dinge", welche die frühen Kinderzeichnungen ausmachen und das, was hinter dem Weiß und mir selbst steht.
Jubiläumsparty.
Samstag, 14. 11. 92
20.00 Uhr
„... beautiful lies you could live in."
Präsenz und Präsentation von Rockmusik, Dienstjahre 1965 - 1990, in extra-ordinären Bilddokumenten.
Tonmischung H. Ash (staatenlos)
Pilzkopftreffen.
Samstag, 21. 11. 92
20.00 Uhr
Anna Greiner (Berlin)
Der große Schläfer
Bilder und Zeichnungen
„Oft als die glühende Kohle den Abend erleuchtete
und draußen wenn Rosaschimmer den Abend einhüllte
wie zart war mir deine Brust
wie gut mir dein Herz
oft haben wir unvergängliche Dinge gesagt
als die glühende Kohle den Abend erleuchtete"
Ch. Baudelaire
Wiedererweckungsparty.
LET'S PARTY ALL OVER THE PLACE
STOP the DEPORTATION of ROMA
the RACIST GOVERNMENT

MENSCHEN

sterben und

ihr schweigt,

EIER

fliegen und

ihr schreit.